

## **Antrag**

**der Abgeordneten Michael Westenberger, Ralf Niedmers, Carsten Ovens,  
David Erkalp, Thilo Kleibauer (CDU) und Fraktion**

**Betr.: Hamburger Mittelstand im Förderdschungel: Kleine und mittelständische Betriebe bei Innovationsförderung nachhaltig unterstützen**

Hamburger Mittelständler sind auf Fördergelder angewiesen und benötigen für Innovationen öffentliche Gelder. Doch nahezu alle Unternehmer, die einmal einen Antrag auf Fördergelder gestellt haben, empfinden die Antragsstellung als zu komplex und undurchsichtig. Laut einer Umfrage der Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers beklagt sich rund die Hälfte aller befragten mittelständischen Unternehmer in Hamburg über einen unübersichtlichen Dschungel an Förderangeboten. Die Vielzahl an Programmen auf Länderebene, aber auch auf Ebene des Bundes und der Europäischen Union, führe zu einer zunehmenden Unübersichtlichkeit insbesondere für kleinere und mittlere Betriebe. In diesem Zusammenhang ist oftmals von einem „Förderdschungel“ die Rede. Knapp 50 Prozent der Befragten gaben an, sich von der Politik eine bessere Übersicht über die Fördermöglichkeiten zu wünschen. Insbesondere mittelständische Betriebe sehen sich zudem mit dem bürokratischen Aufwand – was die Beantragung von Fördermitteln anbelangt – überfordert. Nicht zuletzt, um hier eine Verbesserung zu erzielen, wurde im August 2013 die Hamburgische Investitions- und Förderbank (IFB Hamburg) gegründet. Doch was die IFB als solche anbietet und leisten kann, scheint nicht in jedem Unternehmen bekannt zu sein. Der Umfrage zufolge nehmen 98 Prozent der Unternehmen bei der Antragstellung externe Hilfe in Anspruch – 59 Prozent der Betriebe greifen auf Unternehmensberater zurück, 35 Prozent auf die Hausbank. Einer der Gründe ist, dass die Unternehmen in dem Antrag auch die betriebswirtschaftlichen Aspekte der Innovation darstellen müssen. Die Komplexität führe dazu, dass insbesondere mittelständische Betriebe aufgrund eines Mangels an Know-how sich externe Hilfe suchen. Obwohl sich der mit der Antragstellung verbundene Aufwand für die meisten Hamburger Firmen lohnt, gilt es hier Abhilfe zu schaffen. Neben dem bürokratischen Aufwand sorgt auch der oft zu lang andauernde Zeitraum zwischen Antragstellung und Bewilligung eines Vorhabens für Kritik. Zudem sei die zeitliche Abfolge des Bewilligungsprozesses für die Unternehmen nicht ausreichend transparent dargelegt. Gerade für kleinere Unternehmen sei so häufig eine Vorfinanzierung ihres Vorhabens notwendig. Auf eine Schriftliche Kleine Anfrage an den Senat musste dieser einräumen, dass die durchschnittliche Bearbeitungszeit zwischen Beantragung einer Förderung und tatsächlichem Bescheid derzeit nicht erfasst würde (vergleiche Drs. 21/4656). Auch musste der Senat einräumen, dass die in der IFB für die operative Abwicklung und Beratung planmäßig vorgesehenen 32,1 Stellen der „Förderlotsinnen und Förderlotsen“ zu knapp einem Viertel derzeit nicht besetzt sind.

Innovationskraft, Forschung und Entwicklung sind entscheidend für den wirtschaftlichen Erfolg Hamburgs. Daher ist es dringend geboten, das Förder- und Beratungsangebot der IFB insbesondere bei mittelständischen Betrieben noch bekannter zu machen und fortlaufend daran zu arbeiten, die Ansprache zu verbessern.

**Die Bürgerschaft möge beschließen:**

**Der Senat wird ersucht:**

1. die planmäßig vorgesehenen 32,1 Stellen bei der IFB, die für die operative Abwicklung und Beratung in den Geschäftsbereichen „Innovation“ und „Wirtschaft und Umwelt“ vorgesehen sind, vollständig zu besetzen;
2. eine systematische Erfassung der Bearbeitungszeit beziehungsweise der Zeiträume zwischen Antragsstellung und Bewilligung der Vorhaben durch die IFB zu veranlassen;
3. die Antragsprozesse zu beschleunigen und sowohl die Erfolgsaussicht als auch einen voraussichtlichen Auszahlungszeitpunkt transparenter darzulegen, um den Betrieben eine Planungssicherheit zu bieten;
4. vonseiten der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation sowie der IFB geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um das Förder- und Beratungsangebot der IFB bekannter zu machen und eine verbesserte Übersicht über die Förderprogramme sowohl auf Landes-, Bundes- und Europäischer Ebene insbesondere für kleine und mittlere Betriebe zu bieten;
5. sich für innovationsfreundliche Rahmenbedingungen sowie ein möglichst gutes Wettbewerbsumfeld einzusetzen und den Zugang zu einer innovativen Projektförderung insbesondere für kleine und mittlere Betriebe durch eine Reduzierung des Bürokratieaufkommens zu erleichtern;
6. der Bürgerschaft bis zum 30. September 2016 zu berichten.